

Mittelsächsische LinksWorte

20. April 2016

Nr. 104

10. Jahrgang



Der Frühling hat sich eingestellt. Dass aber vielerorts keine richtige Frühlingsstimmung aufkommen will, liegt auch an den vielen schwelenden politischen und sozialen Konflikten in diesem Land. DIE LINKE stellt sich der Diskussion um die politischen Konsequenzen, die der Aufstieg der AfD und der Kampf gegen den alltäglichen Rassismus erfordern. Verhindert werden muss, dass Flüchtlinge, Erwerbslose, prekär Beschäftigte und die lohnabhängige Mittelschicht gegeneinander ausgespielt werden. Das erfordert aktive Solidarität und konstruktive Angebote zur gemeinsamen Organisation besserer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. Im Blickpunkt:

Die Mitgliederentwicklung und -betreuung im Kreisverband der LINKEN

2. Umfassend analysiert:

Die Schwerpunkte der Sitzung des Kreistages vom 23. März 2016

3. Rechtzeitig angekündigt:

Der Auftakt zur sachsenweiten Tour „Sachsen – Region(en) der Zukunft“

| | |
|-----|---|
| 2 | editorial & standpunkt |
| 3 | kolumne & querbeet |
| 4/5 | titelthema 1: mitgliederentwicklung, -gewinnung und -betreuung |
| 6/7 | titelthema 2: tagung des kreistages vom 23. 04. |
| 8 | titelthema 3: beginn der sachsen-tour der linksfraktion im landtag |
| 9 | zwei zuschriften an die redaktion |
| 10 | serie zur politischen bildung: beitrag -9-thema: bedingungsloses grundeinkommen |
| 11 | kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage |
| 12 | termine & trauer & querbeet |

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 25. Mai 2016. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 18. Mai. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Reik Kneisel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können auch über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort neben der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ das Archiv aller Hefte seit September 2007.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der Frühling hat sich eingestellt, aber richtige Frühlingsgefühle wollen sich bei der LINKEN nicht einstellen. Sowohl die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und vor allem Sachsen-Anhalt, als auch die aktuellen Umfragewerte in der „Sonntagsfrage“ werfen ein recht fahles Licht auf die politische Rolle, welche unsere Partei gegenwärtig spielt. Und die Bundestagswahlen im kommenden Jahr werfen bereits ihren Schatten. Unsere Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger bezeichnen in ihrer Einladung zur bundesweiten Aktionskonferenz „Das muss drin sein“ das Erstarken der AfD vor allem unter Erwerbslosen und ArbeiterInnen als Alarm-signal für DIE LINKE. (Diese Aktionskonferenz fand leider erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt).

Um aktionsfähig zu bleiben, braucht unsere Partei dringend „junges Blut“. In ihrem Artikel auf Seite -4- geht unser Redaktionsmitglied Marika Tändler-Walenta ausführlich auf das Thema „Mitgliederentwicklung und -gewinnung“ ein. Verbunden damit informieren wir im ersten unserer drei Titelthemen über die Weiterführung der Kampagne „Das muss drin sein“ und die Vorbereitung der Ortsverbände auf den 1. Mai, der in diesem Jahr - leider - auf einen Sonntag fällt.

Zur Sitzung des Kreisvorstandes am 4. April gab es neben Ausführungen von Marika Tändler-Walenta auch Informationen zur Mitgliederentwicklung und -gewinnung und zur Arbeit des Jugendverbandes [solid] aus der Sicht der Landesgeschäftsstelle. Mit Robert Sobolewski und Reik Kneisel arbeiten zwei junge Leute in unserem Redaktions-Kollektiv mit, sind aber durch Arbeit, diversen weiteren Verpflichtungen (Robert ist auch Vorsitzender des Ortsverbandes Rochlitz der LINKEN) bzw. Studium ziemlich belastet. Auf jeden Fall soll unsere Jugendseite wieder zum Leben erwacht werden.

Auf unseren beiden Seiten, die der Arbeit der Fraktion der LINKEN im mittelsächsischen Kreistag gewidmet sind, steht diesmal die Sitzung des Kreistages vom 23. März im Mittelpunkt. Dabei gibt unser Redaktionsmitglied und Kreisrätin Sabine Lauterbach u.a. Informationen zur Lage auf dem Arbeitsmarkt und zum weiterhin brennenden Thema „Asyl- und Flüchtlingspolitik“.

Sehr aktiv im Kreis war auch im vergangenen Monat wieder unsere Landtagsabgeordnete Dr. Jana Pinka. Wir berichten in Wort und Bild. Schließlich möchten wir unseren Leserinnen und Lesern noch die Artikel von Reinhard Kluge und in unserer Serie zur politischen Information und Bildung von Uwe Fankhänel, stellvertretender Kreisvorsitzender, zum Thema „bedingungsloses Grundeinkommen“ emp-

warum mache ich im liebknechtkreis sachsen mit ?

von Michael Matthes

Viele Dinge brauchen einen Anlass. Derjenige zu diesem „persönlichen Standpunkt“ wurde bei der Gründung des Liebknechtkreises Mittelsachsen als „Untergliederung“ des Liebknechtkreises Sachsen (LKS) durch anwesende Gäste gesetzt. „Stell´ doch den Liebknechtkreis mal vor!“ Dieser Aufforderung wird hiermit Folge geleistet.

Der LKS wurde am 14. März 2015 gegründet. Inzwischen hat er den Status eines landesweiten Zusammenschlusses der LINKEN und hat Mitglieder in allen Kreisverbänden. Im LKS fanden sich Genossinnen und Genossen, die der Abstieg der Partei seit dem „Gründungs-parteitag“ im Jahre 2007 mit großer Sorge erfüllte. Die Ursachen dafür zu analysieren und sich für deren Abstellung einzusetzen, ist das Programm des LKS. Unmittelbarer Anlass der LKS-Gründung war die ausbleibende kritische Analyse der verkorksten Strategie zur jüngsten Landtagswahl. „Das kann so nicht weitergehen!“ – so der Tenor.

Am 16. April führen wir unsere Jahres-Mitgliederversammlung durch. In dem einen Jahr unseres Bestehens schälten sich nach und nach Handlungsrichtungen heraus. Einig sind sich die LKS-Mitglieder, dass der Partei die gesellschaftstheoretischen Grundlagen abhandengekommen sind. Das Erfurter Programm, das in weiten Teilen wieder sozialistische Zielstellungen auf die Tagesordnung setzte, spielt im Agieren der Partei ein viel zu geringe Rolle. Hier hält der LKS dagegen. Eine Broschüren-Reihe mit bereits fünf Ausgaben widmet sich dieser Thematik. Die jüngste Doppelnnummer enthält die Materialien einer vom LKS veranstalteten wissenschaftlichen Konferenz.

Meine Mitgliedschaft im LKS ist von der Erkenntnis bestimmt, dass in unserer Partei nicht hinreichend Rechenschaft von den gewählten „Repräsentanten“ der Partei gefordert wird und man sich von ihnen oftmals mit flachen Darlegungen abspeisen lässt. Deshalb auch mein Ansatz: Wir brauchen die auf die Beseitigung aktueller Missstände gerichtete Kritik; wir brauchen sie als Mittel, die Zukunft zu gestalten. Diese Möglichkeit bietet der Liebknechtkreis Sachsen. Die Haltungen der beiden Namenspatrone Vater Wilhelm und Sohn Karl sind für mich verpflichtend. Karl Liebkecht sagt es deutlicher: „Klarheit über alles! Keine milde Duldsamkeit ... sondern ätzende Kritik.“ Er hatte seinerzeit den Mut, als Einziger aufzustehen und im deutschen Reichstag gegen die Kriegskredite zu stimmen. Die Verunglimpfung als Spalter und Verräter durch die eigenen Genossen war ihm gewiss. Ich will es nicht überhöhen. Aber eine sozialistisch orientierte Partei DieLinke wird dringend gebraucht, besonders jetzt. Weil sie dies, besonders jetzt, nicht ist, wird der Liebkechtkreis Sachsen gebraucht. Die Genossinnen und Genossen, die sich dort zusam-

auch 2016 gilt: ... erwachsen sein dagegen sehr

**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag**

Seit Karl Marx weiß man es. Der Verbrauch an menschlicher Arbeitskraft schafft mehr Werte, als zu ihrer Wiederherstellung eingesetzt wird. Seither wissen wir auch, dass die Verfügungsgewalt über den geschaffenen Mehr-Wert ein Herr namens Kapitalist hat. Je mehr Arbeitskraft er ausbeutet, umso höher sein Profit. So steht es im vielleicht noch bei diesem oder jenem vorhandenen Lehrbuch.

Doch was passiert nun heute. Nichts Anderes, aber durch die verschiedenen „industriellen Revolutionen“ wird die Arbeitskraft immer mehr aus dem Arbeitsprozess verdrängt. Immer weniger produzieren immer mehr. Man nehme einmal an einer Führung durch ein Autowerk teil. Automatisierungsgrade nahe 100 Prozent sind keine Seltenheit. Der Profit müsste sinken. Tut er auch. Die Durchschnittsprofitrate – das ist Profit bezogen auf das eingesetzte Kapital – sank ständig innerhalb weniger Jahre. Von 20 bis 35 Prozent bis auf jetzt 5 bis 10 Prozent. Da ist nicht viel zu holen.

Man sucht nach einem Profitvermehrungs-Verfahren, und das gibt es. Es entstand eine neue „Produktklasse“, nämlich Finanzprodukte. Das sind fiktive Produkte, das heißt es gibt da einen nicht werthaltigen Titel, der irgendetwas verspricht, z.B. Anrechte auf Geld oder Waren, auf Rückerstattung von Schulden irgendeines Kreditnehmers. Der kriminellen Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Und diese Titel werden gehandelt, haben demzufolge einen Wert. Beim Entstehen sogenannter Finanzblasen wird mit den nicht wirklichen Werten kräftig spekuliert. Die nicht wirklichen Werte werden ins Wahnwitzige aufgeblasen. Als einer der Oberaufbläser betätigt sich ein gewisser Herr Draghi, indem er Schuldscheine, die nie eingelöst werden, mit frisch gedrucktem Geld, das ebenfalls keinen Wert hat, da ohne Gegenwert, „bezahlt“.

In der Kürze dieser Zeilen ist nicht darstellbar, was in dicken Wälzern dazu steht. Eines ist sicher, das Ganze läuft auf eine gewaltige Schuldenmacherei hinaus, weil der „Hersteller“ der Finanzprodukte sein Zeug vor dem Platzen der Blase in Werthaltiges umtauscht. Private und/oder staatliche Verschuldung stellt ... eine Systemvoraussetzung dar, ohne die der Kapitalismus nicht mehr lebensfähig ist. Die Schulden bleiben der Gesellschaft. Ohne das ständige Entstehen neuer Schulden funktioniert der derzeitige Kapitalismus nicht mehr. Er zerbräche an sich selbst.

Gegen den drohenden Crash hilft nur eine Gegenmacht der Betroffenen. Betroffen werden auch Mitglieder der Gesellschaft sein, die das heute nicht annähernd ahnen. Die Grenze zwischen der Klasse der Ausbeuter und der Klasse der Ausgebeuteten verläuft heute und in Zukunft sicher an ganz anderer Stelle als das unser guter Karl seinerzeit aufdeckte. Hier dürfte der strategische Ansatz für den „Klassenkampf“ der heutigen Zeit liegen. (mm)

Text und Foto von Kerstin Ufer

Im Feierzeitraum vom 2. April bis 4. Juni 2016 richtet der Sächsische Verband für Jugendarbeit und Jugendweihe e.V. im Landkreis Mittelsachsen für 7 11 Jugendweihlinge an 13 Feierorten in 23 Feierstunden die Jugendweihe aus. In Vorbereitung dieses „Großen Tages“ fanden beispielsweise Knigge- und Cocktail-Kurse, eine Modenschau und eine Teeny-Disco statt. Ebenso bekamen Mädchen und Jungen Tipps zur Berufsorientierung und zum sicheren Umgang mit dem Internet.

insgesamt 117 Jugendliche des Cotta-Gymnasiums, der Oberschule und der Förderschule Brand-Erbisdorf sowie deren Eltern, Großeltern und Verwandte ihren Worten. Auch diesen Mädchen und Jungen gab die Landtagsabgeordnete u. a. mit auf den Weg, dass es für das Erwachsenwerden und Erwachsensein keine fertigen Rezepte gibt, dass sie im Leben ihre eigenen Erfahrungen machen werden, ihre Stärken und Schwächen selbst herausfinden müssen, aber dabei auch Verantwortung übernehmen und ihr Umfeld, ihre Familie, ihre Freunde, Lehrer, Chefs, die Gesellschaft und die Weltereignisse

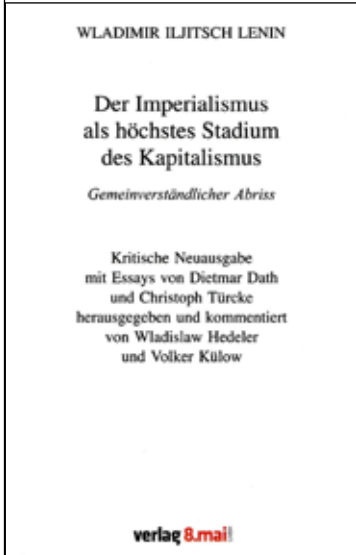


Während der ersten Feierstunde wurden 46 Jugendliche des Cotta-Gymnasiums Brand-Erbisdorf in den Kreis der Erwachsenen aufgenommen.

Am 9. April hatte MdL Dr. Jana Pinka gleich drei Mal Gelegenheit, die Festrede bei Jugendweihfeiern zu halten. Das tut sie immer wieder gern, und erinnert sich dabei auch an ihre eigene Jugendweihe und an die ihrer beiden Kinder. In diesem Jahr lauschten

nicht außeracht lassen sollten. „Sie sollen leben, wie Sie wollen, Sie sollen sein, wie Sie sind, aber Sie sollen auch wissen, dass das nur schön ist, mit anderen Menschen gemeinsam, und wenn andere dies auch können.“

unser aktueller buchtipp



Im ersten Halbjahr 1916 verfasste W. I. Lenin in einem spartanisch möblierten Zimmer in der Züricher Spiegelgasse 14 seine berühmte Untersuchung „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, welches erst nach dem Sturz des Zaren im Sommer 1917 in Petrograd legal erschienen konnte. Anlässlich des 100. Jahrestages der Fertigstellung des Manuskripts erscheint im Frühjahr 2016 eine kritische Neuausgabe. Auf der Basis moderner Editionsprinzipien präsentieren die Herausgeber **Wladislaw Hedeler** und **Volker Külöw** eine Reihe neuer Forschungsergebnisse. Erstmals wird die Geschichte der Entstehung und Veröffentlichung des Werkes auf einer gesicherten Quellenbasis umfassend und jenseits parteipolitischer Instrumentalisierung dargestellt.

linksjugend [solid]

Die Linksjugend [solid] Freiberg informiert

Am 31. Mai 2016 wird um 18:30 Uhr eine Veranstaltung zum Thema „Türkei-Kurdistan-Konflikt“ stattfinden. Dazu haben wir MdL **Mirko Schultze** eingeladen, der uns aus erster Hand aus den kurdischen Gebieten berichten kann. Die Veranstaltung findet in den Räumen des VdK in Freiberg, Schillerstraße 3 statt. Alle Interessierten sind natürlich eingeladen!

mitgliedergewinnung und -betreuung - wichtige faktoren für die aktionsfähigkeit der linken

Kern unseres heutigen Titelthemas ist die Analyse der stellvertretenden Kreisvorsitzenden **Marika Tändler-Walenta** zur Mitgliederentwicklung, -gewinnung und -betreuung in unserem Kreisverband. Er zeigt auf, dass unsere Aktionsfähigkeit durch ständig wachsenden Altersdurchschnitt, Mitgliederschwund und geringe Erfolge bei der Mitgliedergewinnung immer mehr verloren geht. Aktionsfähigkeit wird vor allem benötigt, um für die künftigen Wahlkämpfe gewappnet zu sein. Bereits im kommenden Jahr stehen die nächsten Bundestagswahlen an. Auf dem Weg dahin führt DIE LINKE seit dem vergangenen Jahr eine Kampagne unter dem Motto „Das muss drin sein“. Der Parteivorstand hat am 9. April nochmals zur Teilnahme an der Aktionskonferenz der Kampagne aufgerufen, die am 15. und 16. April (leider nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) stattfand. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Einladungsschreiben der beiden Parteivorsitzenden **Katja Kipping** und **Bernd Riexinger** zu dieser Aktionskonferenz.

von Marika Tändler-Walenta

Unser Kreisverband Mittelsachsen verfügt gegenwärtig über 16 Ortsverbände, auf die mittelsächsische LINKE entfallen 16 Kreistagsmandate sowie 93 Stadtrats- und Gemeinderats-Mandate. Mit **Volker Holuscha** in Flöha haben wir seit dem vergangenen Jahr auch einen hauptamtlichen Oberbürgermeister. Im Kreisgebiet verfügen wir über sechs Anlaufstellen: neben der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg zwei Partei- und drei Abgeordnetenbüros.

Die generelle Situation muss man mit der Beschreibung „zu viele Aufgaben auf zu wenig Schultern“ zusammenfassen. Problematisch ist vor allem die KandidatInnen-Suche für kommunale Mandate. Zudem brechen unsere Mitglieder- als auch Aktivstrukturen an der Basis weg. Bestimmte Altersstrukturen fehlen in der Partei (Jugend, mittleres Alter).

Ende des vergangenen Jahres waren in unserem Kreisverband 618 Mitglieder organisiert, gegenüber dem Jahr 2014 ein Minus von acht Prozent. Im 15-Jahres Durchschnittsvergleich liegt der Kreisverband mit einem Mitgliederschwund von 5,7 Prozent im generellen Trend des Landesverbandes Sachsen (5,6 Prozent). Auch die Mitgliederentwicklung der LINKE im Bund ist rückläufig. (2011: 69.458 Mitglieder 2015: nur noch 63.155). Hinzu kommen generelle Schwankungen durch Wahlkämpfe und „Bereinigungs-Aktionen“ (Feststellung des Austritts durch Nicht-Zahlung des Mitgliedsbeitrags entsprechend §3 Abs.(3) der Bundesatzung DIE LINKE). Die Entwicklung

in den einzelnen Landesverbänden ist zum Teil sehr unterschiedlich, auch innerhalb der Ost- und der Westlandesverbände. Insgesamt gesehen kann man die Hauptursache für den Mitgliederrückgang der letzten Jahre mit der hohen Anzahl an Verstorbenen in der Mitgliedschaft begründet. Aber auch Austritte und die Feststellung des Austritts nach §3 Abs.(3) der Bundesatzung sind wichtige Einflussgrößen.

sen, warum wir das Mitglied verloren haben und es, bis auf Ausnahmen, keinerlei systematische „Nachbearbeitung“ (Nachfragen, Rückholgespräche) bei Austritten gibt. Sofern die Austrittsgründe angegeben und erfasst sind, wird in erster Linie die Unzufriedenheit mit der örtlichen Partei angegeben. Hierunter fallen nicht nur interne und persönliche Streitigkeiten, sondern auch, dass keinerlei Kontakt mit dem Mitglied aufgenommen wurde. Allgemein betrachtet sind unsere Hauptprobleme zum einen, Mitglieder außerhalb von Wahlkämpfen zu gewinnen, zum anderen, Menschen in der Partei zu halten. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass die Aufnahme der Flüchtlingsthematik weder im Landesverband noch im Kreisverband zu einem zusätzlichen Mitgliederrückgang geführt hat. Mögliche Strategien und Herangehensweisen zur Mitgliedergewinnung und -haltung sollten in den kommenden Jahren zentraler Ansatzpunkt unserer Kreispolitik sein, wobei Mitgliedergewinnung als ein Querschnittsthema

regelmäßig die Mitgliederentwicklung im Landesvorstand, Landesfinanzrat und jetzt auch mit den Kreis-Mitgliederverantwortlichen diskutiert und Maßnahmen für ein attraktiveres Parteileben entwickelt hat. Ein anderes positives Beispiel ist der Landesverband Thüringen, der eine „Kreativ-AG“ gegründet hat, die sich mit dem Thema Mitgliederarbeit beschäftigt. Diese plant Aktionen und bietet neuen Mitgliedern die Möglichkeit, sich an Aktionen zu beteiligen. Darüber hinaus erarbeitet die AG auch Hilfestellungen wie die „Willkommensbroschüre“ zur Orientierung neuer Mitglieder oder die geplanten „Gelben Seiten der Thüringer LINKEN“.

Die für den Kreisverband Mittelsachsen gesetzten Schwerpunkte beinhalten dabei, vor Ort sichtbar und attraktiv zu sein, z.B. mittels kreativer Aktionen und regelmäßig auf der Straße. Eine offensive Mitgliederwerbung bei Veranstaltungen sowie die Schaffung unterschiedlicher Teilnahmeangebote (Altersstrukturen berücksichtigen). Zentrale Aufgabe ist selbst-



Während der Beratung des Kreisvorstandes am 4. April. **Marika Tändler-Walenta** (rechts), stellvertretende Kreisvorsitzende, berichtet über die Mitgliederentwicklung im Kreisverband. An der Beratung nahmen auch die Jugendkoordinatorin in der Landesgeschäftsstelle, **Marie Wendland** und **Robert Wünsche**, verantwortlich u.a. für die Mitgliedergewinnung und -betreuung im Landesverband, teil. Außerdem im Bild: die Kreisvorstandsmitglieder **Arndt Scharfenstein** und **David Rausch** (von links).

Für unseren Kreisverband ist die Tendenz offensichtlich, dass die Zahl der Eintritte bei Weitem nicht die Zahl der Austritte/Verstorbenen auffängt. Ein großes Problem ist dabei, dass wir bei den meisten Austritten nicht wis-

sen, warum wir das Mitglied verloren haben und es, bis auf Ausnahmen, keinerlei systematische Herangehensweise notwendig. Ein Beispiel ist der Landesverband Hessen, der in den letzten Jahren systematisch ein Netzwerk der Kreismitgliederverantwortlichen aufgebaut und inzwischen

verständlich die Einbindung und Beteiligung neuer Mitglieder wobei der Erstkontakt und der daran anschließende kontinuierliche Kontakt systematisch angelegt werden sollen. In Wahlkampfzeiten müssen wir gezielt die Eintrittsfrage stellen, da

unser redaktionsmitglied marika tändler-walenta analysiert die lage

Politisierung der WählerInnen sehr hoch ist. Auch die Zusammenarbeit mit den Aktiven, gerade mit Nicht-Mitgliedern, nimmt meist nach den Wahlkämpfen ab, wodurch der Eindruck entsteht, nur für Wahlkämpfe gebraucht zu werden. Generell empfehlenswert ist die Stärkung der Willkommenskultur in der Linken (KreisverbandsInfoblatt). Austritte werden meist formal behandelt, demzufolge erscheint eine Nachbearbeitung notwendig z.B. mittels persönlicher Kontaktaufnahme (positive Erfahrung mit Rückhol-Gesprächen). **Zusammenfassend zeigt sich, dass es eines unserer Probleme ist, Mitglieder in die Parteiarbeit zu integrieren, sie zu beteiligen beziehungsweise ihnen das Gefühl zu geben: „Bei der LINKEN bin ich richtig – hier bin ich zu Hause“.** Daher sollten wir das Profil als Mitgliederpartei stärken, eine politische Verankerung über eine starke parlamentarisch wie außerparlamentarisch verankerte und wirkende Partei verkörpern und die Gewinnung und Beteiligung von (neuen) Mitgliedern als Aufgabe aller Ebenen (Bundesverband, Landesverband, Kreisverband und Ortsverbände) begreifen.

Um dies mit den einzelnen Ortsverbänden zu diskutieren, stehe ich als Mitgliederbeauftragte im Kreisverband Mittelsachsen ab Juni jederzeit als Ansprechpartnerin z.B. für die Teilnahme an den Mitgliederversammlungen der Ortsverbände zur Verfügung.



Der mittelsächsische Kreisverband der LINKEN besteht seit dem 27. Oktober 2007. Damals bildeten 952 Genossinnen und Genossen (375 aus dem Landkreis Freiberg, 355 aus dem Landkreis Mittweida und 222 aus dem Landkreis Döbeln) den neuen Kreisverband. Organisiert waren sie in 20 Ortsverbänden. Aus dem nebenstehenden Artikel ist zu entnehmen, dass Ende des vergangenen Jahres noch 618 Genossinnen und Genossen dem Kreisverband Mittelsachsen angehörten, seit Gründung ein Rückgang um mehr als ein Drittel. Fast zwei Drittel der Mitglieder unseres Kreisverbandes sind älter als 65 Jahren. Seit 2013 sind 39 Genossinnen und Genossen Mitglied der LINKEN geworden, von denen sie fünf inzwischen wieder verlassen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, seit den Wahlen im März gibt es eine lebhaftige Debatte über die politischen Konsequenzen, die aus dem Aufstieg der AfD und dem Ergebnis für unsere Partei zu ziehen sind. Es ist ein Alarmsignal, dass die AfD in Sachsen-Anhalt wie Baden-Württemberg stärkste Partei bei den Erwerbslosen und bei den ArbeiterInnen geworden ist. Um den Rassismus zu bekämpfen, sind breite Bündnisse notwendig und Aufklärung. Aber das alleine reicht nicht. Um zu verhindern, dass Flüchtlinge, Erwerbslose, prekär Beschäftigte und die lohnabhängige Mittelschicht gegeneinander ausgespielt werden, müssen wir Solidarität aktiv organisieren und im Alltag in den Betrieben, Stadtteilen und Kommunen Angebote zur gemeinsamen Organisation für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen machen.

Diese Orientierung ist von Anfang an Kernbestand unserer Strategie als Parteiführung. Mit unserer Kampagne „Das muss drin sein“ haben wir gemeinsam

als Partei einen Schwerpunkt für die außerparlamentarische Arbeit gesetzt. Seitdem haben viele hundert kleinere Aktionen auf der Straße, vor Jobcentern und Krankenhäusern stattgefunden, viele von euch sind aktiv geworden. Diesen Weg wollen wir gemeinsam weitergehen und Zwischenbilanz ziehen - die Gelegenheit dazu ist die Aktionskonferenz unserer Kampagne „Das muss drin sein“ am 15. und 16. April in Berlin. In den nächsten Jahren entscheidet sich, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickelt - es ist Zeit, gemeinsam aktiv zu werden. Wir laden alle Menschen, die etwas gegen den Rechtsruck, für Hoffnung und Solidarität in diesem Land tun wollen, herzlich dazu ein, mit uns gemeinsam zu diskutieren und Pläne zu schmieden!

Herzliche Grüße

Katja Kipping und Bernd Riexinger

„wir müssen bei den wählern wieder glaubwürdig werden - dazu fehlt uns theoretisches profil“



von unserem Redaktionsmitglied Reik Kneisel

Mit der Begründung der mittelsächsischen Gruppe des Liebknecht-Kreises Sachsen (LKS), in welcher ich aktiv mitarbeite, wurden erste Ideen detaillierter, welche der LKS sich zur Aufgabe machen sollte und muss. Der Hauptkonsens der Veranstaltung war, dass wir gemeinsam feststellen mussten, dass unserer Partei ein theoretisches Profil fehlt, um vor al-

lem bei Wählern wieder glaubwürdig zu werden. Zuletzt zeigten die drei Landtagswahlen ja mit aller Deutlichkeit, worin sie stehen.

In einem Treffen mit Sophie Helbig und Marcel Dönicke konnten wir unsere Pläne fester machen: unser Plan ist es nun, das Erfurter Programm der Partei herznehmen und es durchzuarbeiten. Das übergeordnete Ziel ist jedoch die Hauptpunkte und -argumente heraus zu filtern und bestimmte Punkte zu konkretisieren. So reden wir im Programm oft von einem demokratischen Sozialismus und einer dazu gehörenden Wirtschaftsordnung. Wie das jedoch konkret in der Gesellschaft aussehen soll, wird nicht klar gesagt.

Das spiegelt allerdings die derzei-

tige Perspektivlosigkeit der Linken gut wider: uns fehlen gesellschaftstheoretische Ansätze, uns fehlen wirtschaftstheoretische Grundsätze, nach denen wir unsere Punkte, die wir zu Recht einfordern, auch belegen können. Nicht umsonst fragen uns die Menschen an unseren politischen Ständen immer und immer wieder, wie wir das alles finanzieren wollen, was wir vorhaben. Für uns heißt die notwendige Konsequenz daraus, dass wir uns in der Partei auf eine Grundsatzdiskussion einstellen müssen.

Was wollen wir damit anstellen? Erst einmal müssen wir unsere Konkretisierungen und Vorschläge zusammenfassen. Unser Plan ist es, diese dann an den Landesvorstand und an

den Bundesvorstand weiterzugeben und eine Reaktion abzuwarten. Feststeht, dass die Basis natürlich gehört werden muss, aber wie wird reagiert? Unser weiterführendes Ziel wird es sein, mit unseren Erkenntnissen in die Parteiöffentlichkeit, auch an die Basis zu gehen und innerhalb einer Veranstaltung interessierten GenossInnen unsere Pläne zu zeigen und zu erläutern.

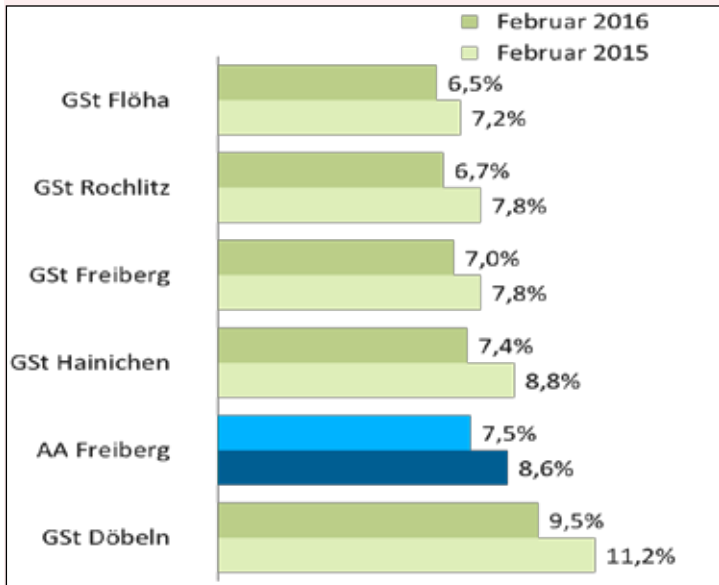
Fest steht aber schon jetzt: wenn wir nicht alle anpacken, werden wir noch tiefer fallen als bisher schon. Der Todesstoß für unsere Partei würde sein, wenn die Führungsriege nicht begreifen, dass sich vieles verändern muss. Der Vormarsch der AfD als „Protestpartei“ und „Volksversther“ macht es deutlich.

die neunte beratung des kreistages in der aktuellen legislatur mit einem breiten spekt

Unter dem Tagesordnungspunkt „Informationen des Landrates“ gab es zur Kreistagssitzung am 23. März einige Sachstände, über die wir heute detailliert informieren möchten.

Lage auf dem Arbeitsmarkt

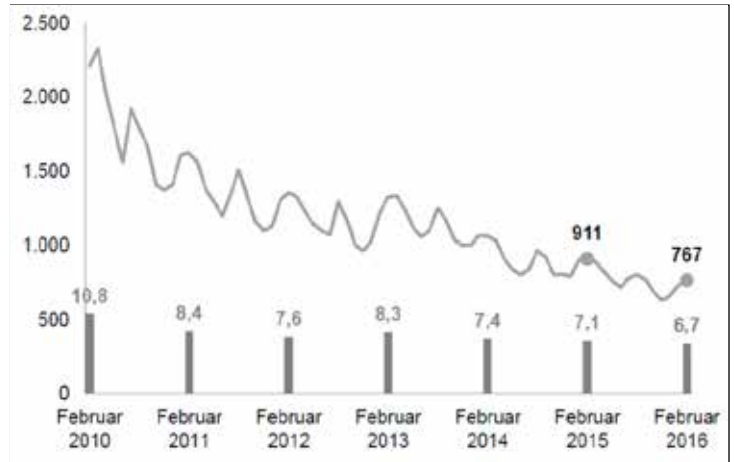
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannt sich zunehmend. So ist die Arbeitslosenquote in einem Jahr um 13,8% auf insgesamt 7,2% gefallen. In totalen Zahlen sind in unserem Landkreis zum Vorjahr 200 Menschen weniger arbeitslos gemeldet.



Natürlich gibt es immer noch größere regionale Unterschiede. Eine erfreuliche Tatsache ist auch, dass die Beschäftigung am Wohnort gestiegen ist. So mussten im Juni 2015 rund 3.600 Beschäftigte weniger zwischen Wohnort und Arbeitsplatz pendeln gegenüber den Zahlen sechs Jahren zuvor. Die Zahl der freien Stellen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen.



Im Februar 2016 sogar um 29,2% gegenüber dem Vorjahr. Am Ausbildungsmarkt zeigt sich, dass mittlerweile wesentlich mehr Ausbildungsplätze angeboten werden als Bewerber da sind. Somit hat jeder Jugendliche zumindest formell einen Ausbildungsplatz. Es liegt somit immer mehr in der Hand der Jugendlichen, ob sie den Wunschberuf erlernen können oder eben doch mit einer Alternative Vorlieb nehmen müssen. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist erfreulicherweise ebenso zurück gegangen. Im Februar 2016 waren nur noch 767 junge Menschen unter 25 Jahren in unserem Landkreis arbeitslos gemeldet.



Jedoch gibt es in diesem Bereich keine allzu großen Veränderungen.

Leitbild des Landkreises Mittelsachsen

Bereits zu Landrat Uhlig´s Zeiten hatte unser Landkreis ein Leitbild. Dieses soll nun aktualisiert werden. Geplant ist als Endprodukt die Herausgabe einer Broschüre. Deren Entwurf wurde zum Kreistag vorgestellt und wirkt zumindest optisch sehr ansprechend. Hoffen wir dass gleiches zum Inhalt gesagt werden kann. Die Verantwortlichkeit liegt beim ersten Beigeordneten Dr. Lothar Beier.

Asyl- und Flüchtlingsproblematik

Noch zum Dezember-Kreistag wurden uns sehr hohe Zahlen von Flüchtlingen, die der Landkreis aufnehmen muss präsentiert. Durch außenpolitische Maßnahmen, die wir hier nicht bewerten wollen, sind wesentlich weniger Flüchtlinge in Deutschland und somit auch in unserem Landkreis angekommen. So wurde beispielsweise für die zweite Januarwoche ein Zugang von 245 Personen gemeldet. Aktuell wird mit einem Zugang von 45 Personen pro Monat gerechnet. Ähnlich sind die derzeit prognostizierten Zahlen. Die Landesdirektion Sachsen kündigte am 21. März beispielsweise für die letzten beiden Märzwochen und den April 142 Zuweisungen an. Für den Mai wurden noch keine Angaben gemacht.

Für den Landkreis bedeutet das zwar etwas Entspannung aber auch eine schlechte Planungssicherheit.

Bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften hat der Landkreis an allen Standorten einen Leerstand. Somit kann man schnell auf Veränderungen reagieren. Die Unterbringung in Wohnprojekten ist mit 21 so ziemlich ausgereizt. Im Herbst letzten Jahres wurden alle Städte und Gemeinden aufgefordert, freien Wohnraum zu melden, da man eine Zuweisung von 18 Flüchtlingen pro 1.000 Einwohner erreichen wollte. Nach der Rückmeldung der Städte und Gemeinden und deren Auswertung stehen nun 500 Wohnungen sofort zur Verfügung. Da auch die Registrierung durch das BAMF Fortschritte macht, haben viele der Flüchtlinge schon ein Aufenthaltsrecht. Damit ändert sich ihr Status und sie werden quasi Hartz IV - Empfänger. Eigentlich müssten sie die für Flüchtlinge bereit gestellten Unterkünfte verlassen und sich selbst eine Wohnung suchen.

Hier kommen neue Probleme auf den Landkreis zu, für die es gegenwärtig keine Lösung gibt.

Zu Fragen der Integration sprach die Ausländerbeauftragte Annett Schrenk. Sie dankte allen ehrenamtlichen Helfern, die Unglaubliches leisten und damit oft an ihre eigenen Grenzen stoßen. Das ehrenamtliche Engagement unserer Bürger, sei es für Deutschkurse, in der Vereinsarbeit oder einfach nur die Unterstützung bei Behördengängen etc. sei riesengroß. Die Integration der Menschen sei auf einem guten Weg.

Informationen zur Tagung des Kreistages

Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Das ehrenamtliche Engagement unter unseren Mitbürgern ist auch in anderen Bereichen sehr groß. Die vielen ehrenamtlichen Ausbilder und Helfer im Feuerwesens sowie die ehrenamtlichen Führungskräfte im Katastrophenschutz erhalten für ihre Tätigkeiten höhere Entschädigungen. Die Aufgaben der Feuerwehren haben sich in den letzten Jahren einer starken Wandlung unterzogen. In der Feuerwehr als Einsatzkraft tätig zu sein, bedeutet in der heutigen Zeit nicht nur Brandbekämpfung und Technische Hilfeleistung bei Unfällen, sondern u. a. auch Kenntnisse im Bereich eines Gefahrguteinsatzes, der Höhenrettung oder im Katastrophenschutz.

Ebenso stellen neue technische Entwicklungen aber auch die Weiterentwicklung der Einsatztechnik die Feuerwehren vor immer neue Herausforderungen. Aufgrund der vielfältigen Einsatzaufgaben wie auch aus Gründen der Abnahme der Tageseinsatzverfügbarkeit bei den Freiwilligen Feuerwehren ist es für diese erforderlich, auf eine große Anzahl multifunktionell ausgebildeter Einsatzkräfte zurückgreifen zu können.

Diese Aufgaben sind nur mit einer konsequenten Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte zu bewältigen.

Beschlossen wurde die Höhe der Aufwandsentschädigung für die Ausbilder sowie Fachberater mit 15,00 EUR je geleisteter Ausbildungsstunde. Die Helfer erhalten 7,50 EUR je Stunde. Zudem erhalten die ehrenamtlichen Stellvertreter des Kreisbrandmeisters eine monatliche Aufwandsentschädigung. Durch die Größe unseres Landkreises und seiner 219 Freiwilligen Feuerwehren ist dies begründet.

Die Führungskräfte im Katastrophenschutz erhalten künftig die doppelte Aufwandsentschädigung wie bisher. Mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung soll die ehrenamtliche Tätigkeit stärker gewürdigt werden. Die öffentliche Wertschätzung und Anerkennung hat eine kaum zu überschätzende Bedeutung. In der heutigen Zeit gehören auch kleine materielle Anreize zur Motivation der ehrenamtlichen Kameradinnen und Kameraden. Das ehrenamtliche Engagement ist immer mit einem hohen zeitlichen, materiellen und finanziellen Aufwand verbunden und trägt somit zur Sicherung und Stärkung des Zusammenhaltes der Gesellschaft bei.

Zur Verwendung der Investitionspauschale 2015/2016 für Asylbewerberunterkünfte

Der Landkreis Mittelsachsen erhält im Rahmen des Gesetzes über die Gewährung einer Investitionspauschale für die Instandsetzung, Erneuerung und Erstellung von eigenen Einrichtungen und eigenen Anlagen zur Unterbringung von aufzunehmenden Ausländern für die Jahre 2015 und 2016 eine Zuweisung von insgesamt 2.935.398 EUR.

Mittelverwendung:

- Der Kreistag Mittelsachsen hat am 09.12.2015 dem Erwerb des bebauten Grundstückes Am Rossauer Wald 7 in 09661 Rossau durch die SAXONIA Standortentwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH zugestimmt. Die notwendigen Kosten für den Erwerb und zur Herrichtung der Nutzungsfähigkeit der Immobilie als Asylunterkunft trägt zunächst die SAXONIA. Für die Finanzierung der notwendigen Investitionskosten werden aus der Investitionspauschale seitens des Landkreises 1,0 Mio. EUR an die SAXONIA weitergeleitet.
- Umnutzung und Umbau des landkreiseigenen Verwaltungsgebäudes Dr.-W.-Külz-Str. 2016 in 09618 Brand-Erbisdorf zur einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber-Flüchtlinge. Das Objekt wird seit Dezember 2014 als Notunterkunft für Asylbewerber/Flüchtlinge genutzt und verfügt derzeit über eine Kapazität von 85 Plätzen. Die Kostenschätzung vom 15.01.2016 für die erforderlichen Baumaßnahmen einschließlich der für die Bauzeit zeitweiligen Unterbringung der Asylbewerber/ Flüchtlinge in einem Containerstandort belaufen sich auf 1,9 Mio. EUR.

Mit dieser Summe von 1,9 Mio EUR hat unsere Fraktion jedoch ein Problem. Das in dem Objekt die Zustände verbessert werden müssen ist unstrittig. Aber für so viel Geld? Es gab einige Unstimmigkeiten, was den Zeitpunkt der Bestellung der Container (21.09.2015) und die Ermächtigung des Landrates für solche Dinge (Dezember 2015) angeht.

Der Vorsitzende unserer Fraktion, Genosse Gottfried Jubelt, hat den Landrat darauf hingewiesen, dass der „Ermächtigungsbeschluss“ zur Investition in GMU erst am 09.12.2015 gefasst wurde. Damit waren die ausgelösten Investitionen nicht durch den Beschluss gedeckt.

Der Landrat hat zugesichert, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Investitionen und Instandsetzungen an Kreisstraßen und Ingenieurbauwerken

Folgende Maßnahmen sind als Investition geplant:

- K 7712 Fahrbahnerneuerung Oberschaar
- K 7735 Fahrbahnerneuerung Cämmerswalde BA 2.2
- K 8252 Erneuerung mehrerer Lichtzeichenanlagen in Hartmannsdorf
- K 8254 Fahrbahnerneuerung Taura
- K 8270 Fahrbahnerneuerung Arras - Holzhausen
- K 8270 Fahrbahnerneuerung OL Milkau

Folgende Maßnahmen sind als Instandsetzungen geplant:

- K 7509 Deckensanierung von der S 35 bis OL Zschwitz
- K 7515 Deckensanierung von der B 175 bis OL Zschaitz
- K 7549 Deckensanierung Gärtitz - Döbeln
- K 7771 Deckensanierung Langhennersdorf - Großschirma
- Rissanierung an Kreisstraßen im Rahmen der Straßenunterhaltung
- Oberflächenbehandlungen an Kreisstraßen im Rahmen der Straßenunterhaltung
- Rahmenvertrag zur Instandhaltung der Ingenieurbauwerke

Modifizierung des Beschlusses der Übernahme von weiteren Geschäftsanteilen der GSQ.

Bereits kurz nach der Beschlussfassung am 23.09.2015 wurde bekannt, dass der Sparkasse Freiberg die Summe von 218.000€ zu niedrig war, obwohl es bereits das 36,5-fache der Einlage war! Die Geschäftsführung wollte mehr. Bei einer Prüfung des Gutachtens wurde dann festgestellt, dass anstelle der Nutzfläche die Grundfläche des Gebäudes angesetzt war.

Anstelle aber einfach das Gutachten mit der richtigen Nutzfläche zu korrigieren, erfolgte eine Abstimmung der Gesellschafter, in deren Ergebnis die optimale Vermietbarkeit angesetzt wurde und so der Wert in die Höhe getrieben wurde. Hauptgesellschafter ist der Landkreis! Zusätzlich verständigten sich die Gesellschafter bereits am 11. Januar 2016 die Rückstellungen für Drohverluste in Höhe von 112.000 EUR zu streichen. Im Ergebnis stieg der Wert der GSQ nochmal um diese Summe. Damit erhöhte sich die vom Landkreis zu zahlende Kaufsumme um 160.480 EUR und die Sparkasse erhält 312.400 EUR. Das sind 94.400 EUR mehr als ursprünglich beschlossen. Ein gewisses „Geschmäcke“ hat es schon, da der Landrat auch Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse ist.



„sachsen - region(en) der zukunft“ - in brand-erbsdorf auftakt der tour der linksfraktion durch sachsen

von unserem Redaktionsmitglied
Kerstin Ufer

Im Rahmen des Auftaktes zur sachsenweiten Fraktionstour „Sachsen - Region(en) der Zukunft“ der Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag, werden der Fraktionsvorsitzende Rico Gebhardt sowie die Mittelsächsische Landtagsabgeordnete und stellv. Fraktionsvorsitzende Dr. Jana Pinka am Mittwoch, dem 4. Mai 2016 ab 9 Uhr in der Region Brand-Erbisdorf zu Gast sein. Nach dem Start in Brand-Erbisdorf sowie Fachgesprächen in Eppendorf, Leubsdorf, Neuhausen und Sayda findet unter dem Motto „Hier leben, hier bleiben- was macht mein Zuhause lebenswert“ um 17.30 Uhr in der Gaststätte Villa Toscana in Brand-Erbisdorf eine öffentliche BürgerInnenveranstaltung statt. Hauptschwerpunkt wird der regionale öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) des Landkreises Mittelsachsen sein. Dazu referiert MdL Marco Böhme, Sprecher für Klimaschutz und Mobilität der Fraktion DIE LINKE. Im Anschluss ab 19 Uhr freuen sich Rico Gebhardt und Dr. Jana Pinka auf interessante Gespräche und Diskussionen mit den Genossinnen und Genossen sowie Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises.

Zum Hintergrund der Tour teilt die sächsische Landtagsabgeordnete der Fraktion Die Linke Dr. Jana Pinka mit: „Wir stehen heute vor zahlreichen neuen Herausforderungen, die gravierende gesellschaftliche Veränderungen zur Folge haben werden: neben steigendem Altersdurchschnitt und regionalem Bevölkerungsrückgang sind die Themen Asyl und Zuwanderung in den Focus gerückt. Jetzt heißt es agieren, diskutieren, akzeptieren und tolerieren, statt rassistisch und egoistisch zu reagieren. Jetzt muss langfristige Integrationspolitik so vollzogen werden, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Frieden wieder hergestellt werden.“

Damit alle Sachsen, egal, ob sie bereits eine lange Zeit hier leben oder gerade erst angekommen sind, ihre Heimat lebenswert finden, müssen ihnen neue Perspektiven und vor allem Antworten aufgezeigt werden. Deshalb wurde auf dem Landes-

Auftakt zur Fraktionstour 2016
»Sachsen – Region(en) der Zukunft«
DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Unter dem Motto
»Hier leben, hier bleiben – was macht mein Zuhause lebenswert?«
führt die Tour den Fraktionsvorsitzenden **Rico Gebhardt** und die Abgeordnete **Dr. Jana Pinka** am **4. Mai 2016** durch **Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Leubsdorf, Neuhausen** und **Sayda**.

Informationen unter www.linksfraktion-sachsen.de

parteitag im September 2015 beschlossen, ein Konzept zur Landesentwicklung Sachsens aus linker Sicht zu erarbeiten. Verantwortlich dafür ist eine sechsköpfige „Steuerungsgruppe Landesentwicklung“, die auf Beschluss der Fraktionsversammlung im Dezember 2015 gegründet wurde. Mir, als stellvertretender Fraktionsvorsitzenden, wurde die Leitung dieser Arbeitsgruppe übertragen. Zum Team gehören weiterhin der Fraktionsvorsitzende Rico Gebhardt, Enrico Stange, Sprecher für Landesentwicklung, die externen Mitglieder Antje Feiks und Stefan Hartmann sowie AG-Sekretärin Marika Tändler-Walenta.

Das Landesentwicklungskonzept Sachsen soll bis 2019 in mehreren Arbeitsphasen entwickelt werden. Am Ende soll ein verständliches linkes Politikkonzept stehen, welches Lösungen und Perspektiven für die Menschen in Sachsen ab 2019 enthält.

Noch stehen wir ganz am Anfang. Doch dieser Anfang ist einer der wichtigsten Schritte, bei dem auch die Hilfe und Unterstützung der Linken Ortsverbände und Jugendgruppen eine zentrale Rolle spielen wird. Aufbauend auf den Lehren und Empfehlungen des Landesentwicklungskonzeptes von 2004 und des aktuellen Leitbildes der Fraktion, werden sich die Landtagsabgeordneten während verschiedener Regionaltouren in

den Mittel- und Grundzentren der Landkreise persönlich über die gegenwärtigen Lebenssituationen der Menschen in Sachsen informieren. Die Bürgerinnen und Bürger sollen diskutieren, wie sie hier in Zukunft gemeinsam leben möchten, welche Anforderungen sie an die Entwicklung einer lebenswerten Region stellen und wie sie sich dabei selbst einbringen möchten. Anhand verschiedener regionaler Schwerpunktthemen, die sich an der jeweiligen politischen Dringlichkeit orientieren (z. B. Regionale Wirtschaft, Öffentlicher Nahverkehr/Mobilität, Regenerative Energien und Gesundheitsvorsorge) soll die Öffentlichkeit über die parlamentarisch-politische Arbeit der Fraktion informiert werden. Ergänzend dazu sind Veranstaltungen in Kooperation mit kommunalen VerantwortungsträgerInnen, Gewerkschaften, Kommunalen Planungsverbänden, Vereinen und Stiftungen vorgesehen. Weiterhin sollen Fachgespräche mit Arbeitsagenturen, IHK/HWK, Bauernverbänden u.a. organisiert werden. Ziel ist es, vor Ort möglichst umfassende Gespräche zu führen und daraus Anregungen, Vorschläge, Ideen und Handlungsempfehlungen mitzunehmen.

In den weiteren Arbeitsphasen werden die gewonnenen Erkenntnisse und Anforderungen präzisiert, um bis Mitte 2017 ein Leitbild zu bestimmen, zu dem auch ExpertInnen Stellung nehmen.

Danach wird der Konzeptentwurf innerhalb der Fraktion besprochen und unter Einbeziehung der Kommunalvertretungen und Kreistagsfraktionen in landesweiten Arbeitsgemeinschaften, Vereinen und Verbänden sowie in einer öffentlichen Debatte in Form von Konferenzen und Fachgesprächen erörtert. Mitte 2018 soll dann das finale Konzept in einer Präsentation vorgestellt und in konkrete politische Handlungsschwerpunkte, Anforderungen und Politikforderungen für Sachsen ab dem Jahr 2019 überführt werden. Und am Ende wollen wir uns Zeit nehmen, unsere Erfahrungen aus diesem Projekt noch einmal kritisch zu reflektieren.“

linksfraktion vergibt erneut preis für willkommenskultur

Zum zweiten Mal lobt die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag den Preis „Gelebte Willkommenskultur und Weltoffenheit in Sachsen“ aus. Er soll Menschen würdigen, die sich für ein friedliches Miteinander aller alten und neuen BewohnerInnen des Freistaates einsetzen. Dafür bewerben können sich Personen, Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände, die sich für Geflüchtete bzw. Migrantinnen und Migranten engagieren, sofern sie in Sachsen wohnhaft und



tätig sind. Die Auszeichnung wird in den Kategorien „Etablierte Initiative“, „Junge Initiative“ und „Einzelpreis“ vergeben. Die beiden erstgenannten sind mit jeweils 1.000 Euro, der Einzelpreis ist mit 500 Euro Preisgeld dotiert. Die Finanzierung der Preisgelder erfolgt unmittelbar aus Spenden der Abgeordneten der Linksfraktion. Die Engagierten können sich selbst für den Preis bewerben oder von Dritten vorgeschlagen werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, Bewerbungsschluss ist der 30. April 2016. Verliehen wird der Preis im Juni. Bewerbungskriterien und mehr Infos gibt es unter <http://linksfraktionsachsen.de>. (Presseinformation 180/2016)

kritische sicht eines kritischen journalisten auf den bundestag



von
Reinhard
Kluge,
Rechen-
berg-Bie-
nenmühle

Der angesehene Journalist Roger Willemsen - im Februar dieses Jahres einem Krebsleiden erlegen - hat ein kostbares Lebensjahr dem Deutschen Bundestag gewidmet. Im Jahr 2013 hat er alle Sitzungen des Parlaments von der Besuchertribüne aus verfolgt. Im Hinterkopf hatte er dabei den hohen Anspruch des Bundestages gemäß Grundgesetz als Zentrum der parlamentarischen Demokratie, als Plenum, das „seine Hoheit gegen die der Regierung behauptet“, eines Hohen Hauses, „in dem sich die Interessen aller wiederfinden sollen, das . . . in großen Perspektiven denkt und entscheidet“. Willemsen geht es nicht primär um eine Strukturanalyse der Rolle des Bundestages im politischen System der BRD, es geht ihm um das konkrete Bild, das der Bundestag in seinen Sitzungen den Zuschauern und damit der Öffentlichkeit bietet. Und dieses Bild ist

für einen so neugierigen, unvoreingenommenen und klugen Beobachter mehr als ernüchternd: es ist erschreckend! Nein, das Parlament kontrolliert die Regierung nicht, die Parlamentsmehrheit macht es zu einem verlängerten Beifallsorgan. Substantiell wichtigen Alternativen der Opposition begegnet die Regierung und die Parlamentsmehrheit nicht mit Argumenten, sondern mit offener Missachtung. In der Sitzung am 21. Februar hatte die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zu den europäischen Finanzen abgegeben. Schon bei dem Redebeitrag des SPD-Kanzlerkandidaten Steinbrück gab es offensichtliche Unaufmerksamkeit auf der Regierungsbank. Willemsen schreibt: „Steinbrück kommt mit Daten, das Plenum wird desinteressierter. Die Kanzlerin sitzt diese Rede durch. Aber auf der Regierungsbank ist jetzt Unruhe, die Grüppchenbildung will sagen: Es lohnt sich nicht, das Elend ist nur in der Rede, nicht in der Welt. Wenn es aber anders wäre, würde man auch nicht zuhören, weil es eben das Elend ist, das die Opposition ausbreitet. . . . Merkel hat einen Fleck am Revers entdeckt, rubbelt, hebt ihre rote Henkeltasche an, prüft das Display ihres Handys, hält ihren gelben Kuli aufrecht. Kein Blick trifft Steinbrück, der redet und redet, während sie sich wieder Rösler zuwendet“. Dann betritt Sahra Wagenknecht das Rednerpult. „Die Kanzlerin geht, Rösler geht, die Regierungsbank leert sich.“ Dabei hat Wagenknecht wichtiges mitzuteilen, mit den Worten Willemsens: „Und

ist es nicht wahr? Die Banken wurden mit einem Hilfspaket von knapp einer halben Billion Euro gestützt, ohne dass jene, die darüber angestimmt haben, den Eindruck vermitteln, sie wüssten, worüber die da abstimmten.“ Von vielen gleichen Beispielen sei noch die Sitzung vom 25. April erwähnt, in der es um die Drohnenrüstung und das Contergangstiftungsgesetz geht. Ilja Seifert, selbst Betroffener, „wirft Fragen auf, die nicht beantwortet sind und die nun fast querulantisch wirken, nachdem alle schon so zufrieden schienen. Auf viel Ungelöstes weist er hin. Das ist gut und richtig, und auch wenn Frau Schröder nun wieder durch das Netz surft, hat er . . . allen Applaus verdient, erhält ihn aber nur von den vier Abgeordneten der Linken, Das ist borniert. Aber das Parlament zeigt sich in diesen Dingen oft stolz borniert.“ Zu einer Februarsitzung stellt Willemsen fest: „Ich habe lange Phasen erlebt, in denen kein einziger Abgeordneter bei dem war, was vorne gesprochen wurde. Da beugten sich Männer lachend über ihre Displays, feixten mit dem Rücken zum Podium. . . . Nicht nachlässig war das, sondern offensiv vorgetragene Missachtung. Die Schulklasse, die hier auch nach 22 Uhr noch sitzt, hat auch schon bemerkt, dass man Schülern weit mehr Disziplin abverlangt als Volksvertretern. Nur die Letzteren sehen gerade nach ADS aus.“ Selten gibt es Höhepunkte der Parlamentssitzungen. „Am interessantesten sind Debatten immer, wenn Abweichler auftreten, den

Fraktionsfrieden gefährden und neuen Standpunkten die Bahn bereiten. Deshalb ist in toto die Linke das am wenigsten verzichtbare Element“. Und dann will der Beobachter doch noch eine positive Sicht in die Zukunft eröffnen: „Deshalb ist jeder Moment, in dem das Parlament seine triste Stabilität einbüßt, einer in dem der Parlamentarismus strahlt, weil seine reine Idee zutage tritt. Das ist keine romantische Idee, sie liegt nicht einmal fern aller realpolitischen Möglichkeiten.“ Unter den Bedingungen der großen Koalition mit einer zahlenmäßig kleinen Opposition ist das utopisch.

Leider können wir Willemsen nicht mehr fragen, welche Voraussetzungen er dafür als notwendig angesehen hätte, vielleicht als erste, dass sein Buch zur Pflichtlektüre aller Parlamentarier erhoben wird, weiter: dass das von ihm nur ganz nebenbei beobachtete Verhältnis Parlament/Großkapital/Lobby einer näheren Betrachtung und grundsätzlichen Kritik unterzogen und dass über den Fraktionszwang im Verhältnis zur Gewissensbindung des Abgeordneten und seine Stellung zu den Wählern tiefer nachgedacht werden müsste. Die Gedanken von Marx über die Verantwortung des Abgeordneten der Pariser Kommune gegenüber seinen Wählern könnten dabei hilfreich sein.

(Quelle: Roger Willemsen: Das hohe Haus. Ein Jahr im Parlament. S. Fischer, Frankfurt/M. 2014.[ISBN 978-3-10-092109-3])

unsere klare forderung: macht endlich schluss mit „so geht sächsisch“



Mit diesem Artikel „debutiert“ Robert Linke in den LinksWorten. Robert vertritt zeitweilig

Sabine Pester im Bürgerbüro in Mittweida. Er ist in Döbeln aufgewachsen, wohnt und studiert in Leipzig an der dortigen Universität Sozialwissenschaften und Philosophie.

Die Standortkampagne „So geht Sächsisch“ wurde im Jahr 2013 von der damaligen CDU/FDP-Regierung ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, die Bekanntheit und Attraktivität im In- und Ausland zu erhöhen. Vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Tourismus, Kultur und Sport soll sich der Freistaat einen Namen als Qualitätsgarant machen. Für die Umsetzung dieser Pläne stellte

der Freistaat Sachsen 32 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Gelder sollen über einen Zeitraum von vier Jahren im Rahmen der Kampagne investiert werden. So viel Geld hat zuvor noch keine Imagekampagne eines Bundeslandes erhalten.

Ein zentraler Kritikpunkt ist das schwache inhaltliche Konzept. So finden sich auf der Website der Kampagne Slogans wie „Die Sachsen: ein Volk der Macher. Ihre Mentalität: Nicht lange reden, sonder Anpacken.“ Im aktuellen Kontext der Gewalteskalation durch Rechtsradikale in Sachsen, wird deutlich, wie beliebig dieser Werbespruch oder auch der Titel der Kampagne interpretiert werden können. So finden sich im Internet zahlreiche Bildmontagen von brennenden Wohnheimen, unterschrieben mit „So geht sächsisch“. Zwar erreicht Sachsen damit im In- und Ausland seit einiger Zeit sehr große Aufmerksamkeit, ganz so wie es auch in der Zielsetzung formuliert wurde. Doch das Bild, das dort von Sachsen gezeichnet wird, entspricht wohl kaum dem Angestrebten.

Die Initiatoren der Werbekampagne haben sich das sicherlich nicht so vorgestellt. Auch die SPD, die sich zusammen mit der CDU im Koalitionsver-

trag darauf geeinigt hat, die „erfolgreiche Kampagne“ weiterzuführen, beginnt langsam Abstand von dieser zu nehmen. So beschreibt der aktuelle sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) in einem Interview auf der weltgrößten Tourismusmesse ITB in Berlin sie mit den Worten: „Die Kampagne ist, höflich gesagt, zur Karikatur geraten, sie ist tot.“

Die Fraktion der Linken im Sächsischen Landtag übt schon seit längerer Zeit Kritik an „So geht sächsisch“. Denn die Kampagne wartet nicht nur inhaltlich mit großen großen Mängeln auf. So sind, neben dem fehlenden roten Faden und der allgemeinen Inhaltsleere, auch strukturelle Mängel der Kampagne bekannt. Der Kreisvorsitzende, der Linken im Mittelsachsen, Falk Neubert hat bereits vor der nun allgemein einsetzenden Kritik, seine Zweifel geäußert. Er machte darauf aufmerksam, dass bereits 2013 der Fachbeirat der Kampagne aufgelöst wurde. Seine Aufgabe bestand darin, die Arbeit der Kampagne kontinuierlich zu begleiten, Schwerpunkte zu diskutieren und diese festzulegen. Anstelle des Fachbeirats gibt es nun Netzwerktreffen mit den sächsischen Tourismusverbänden. Aus einer

kleinen Anfrage Neuberts im Landtag geht hervor dass diese Treffen lediglich dem Austausch zwischen und mit den sächsischen Tourismusverbänden dient und dort keine Entscheidungen getroffen werden die sich mit „So geht sächsisch“ beschäftigen. Somit liegt die inhaltliche Ausrichtung und Gestaltung in den Händen der sächsischen Staatskanzlei. Dort entscheiden zwei Mitarbeiter in allen Belangen der Kampagne.

Aufgrund dieser Unzulänglichkeiten der sächsischen Imagekampagne „So geht sächsisch“ ist sie obsolet und sollte darum eingestellt werden. Die frei werdenden Gelder sind eine Chance den aktuellen gesellschaftlichen Problemen angemessen zu begegnen und einer weiteren Verschärfung dieser vorzubeugen. „So geht sächsisch“ wirft einen Schleier über die sächsischen Verhältnisse und konstruiert ein Bild von Sachsen, das so nicht existiert.

Kein Wort über den rechten Konsens in vielen Regionen, kein Wort über die Drogenproblematik, kein Wort über die zu geringen Einkommen vieler und auch kein Wort über die schlechte Situation der Geflüchteten in ganz Sachsen.

bedingungsloses grundeinkommen - anreiz zum arbeiten oder sofortrente?

Von Uwe Fankhänel,
stellvertretender Kreisvorsitzender,
Vorsitzender des Ortsverbandes Freiburg

Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen hat am 11.03.16 einstimmig einen Antrag an den Bundestag beschlossen (B5 - 098). Dieser Antrag fordert einen Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) bis spätestens Ende des Jahrzehnts und möchte die seit langem geführte Debatte um ein BGE in unserer Partei in eine basisdemokratische Entscheidung münden lassen. Der Diskussionsprozess soll neu angestoßen und ein Konzept zum BGE erarbeitet werden.

Die Idee des Grundeinkommens wirkt ein wenig wie Schlaraffenland, wie subventioniertes Nichtstun. Sie ist nur schwer kompatibel mit dem Gedanken der Leistungsgesellschaft, die auch immer von der Drohung gegenüber dem Leistungsverweigerer lebt. Wer würde dann noch schlecht bezahlte Jobs übernehmen? Auch eine Sorge, die manchen Genossen umtreibt.

Woher kommt die Idee?

Die Idee ist schon recht alt. Als Urvater des Grundeinkommens gilt der Philosoph Thomas Morus, der mit der Finanzierung des Lebensunterhaltes den Diebstahl bekämpfen wollte. So stand es in seinem Werk „Utopia“, erschienen im Jahr 1516. Und eine Utopie ist es dann auch geblieben. Wer will, findet auch in Heinrich Heines Wintermärchen Textpassagen, die man derart auslegen kann. Im Einheitsfrontlied von Brecht heißt es: „Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er was zum Essen, bitte sehr!“ Auch ein CDU-Mann, Dieter Althaus, einst Ministerpräsident von Thüringen, plädiert für ein „solidarisches Bürgergeld“; es sollte die vielen Einzelleistungen des Sozialstaates zu einer bündeln. Auch der Anthroposoph Götz Werner wirbt hierzulande für ein Grundeinkommen, früher war er Chef der dm-Drogeriekette. „Das Grundeinkommen sichert Grundbedürfnisse ab.“ Die Menschen würden dennoch arbeiten, aber angstfrei, argumentiert er. Weil sie wollten und nicht müssten.

Während in Deutschland noch diskutiert wird, könnte in diesem Jahr in Finnland und der Schweiz das BGE Wirklichkeit

werden. Die finnische Ialversicherungsgesellschaft Kela plant einen Großversuch. Tausende Menschen sollen monatlich 800 € erhalten. Die regierende Koalition aus Konservativen, Liberalen und Rechtspopulisten sieht im Grundeinkommen eine Möglichkeit, das soziale Sicherungssystem zu vereinfachen. Es könnte auch für viele Menschen Anreize schaffen, überhaupt eine Arbeit anzunehmen, denn anders als Sozialhilfe, wird es nicht reduziert, sobald man verdient. Ablehnung kommt erstaunlicherweise von Seiten der Gewerkschaften, die einen Mitgliederverlust befürchten. In der Schweiz könnte die Volksabstimmung am 5. Juni zu einem BGE von 2500 CHF führen. Bestehende Einkommen sollen angerechnet werden. In den Genuss kämen somit nur Menschen



mit einem Monatseinkommen unter 2500 CHF.

Welchen Ansatz verfolgt die LINKE?

Wir müssen als Linke die grundsätzliche Frage nach dem Sinn von Erwerbsarbeit stellen: Ist die Phase des Abschmelzens klassischer Industriearbeit nicht auch eine Entlastung, bedeutet die Automatisierung nicht auch ein Gewinn an Freiheit? Ist es nicht im Sinne einer sozialistischen Linken, sich für eine bedingungslose soziale Sicherung für alle Menschen einzusetzen und damit das Diktum des Arbeitszwangs im Kapitalismus zu durchbrechen? Es muss darum gehen, jedem und jeder ein Leben mit möglichst viel Freiheit und Veränderungsoptionen inklusive einer ausreichenden sozialen Grundabsicherung zu ermöglichen. Die herrschende

Politik steuert in eine andere Richtung, baut den Niedriglohnssektor aus, verlängert die Lebensarbeitszeit und erhöht den Druck auf Erwerbslose. Wir brauchen vor diesem Hintergrund den Abwehrkampf gegen den fortschreitenden Sozialabbau und Entmündigung von Menschen. Das Grundproblem bleibt die Massenarbeitslosigkeit und die sich aus ihr ergebende soziale Benachteiligung. HARTZ-IV muss weg! Es gibt aus unserer Sicht viele Schnittmengen zwischen gewerkschaftlichen Kämpfen und denen der Grundeinkommens-BefürworterInnen.

Die BAG Grundeinkommen der LINKEN hat 2009 ein eigenes Modell für ein BGE verabschiedet. Es liegt bei 1000 Euro monatlich für Erwachsene und 500 für Kinder bis 16 Jahre und basiert

Der Vorteil eines Grundeinkommens, egal ob als Sozialdividende oder negative Einkommenssteuer, ist natürlich der, dass es nicht mehr möglich ist, dass ein Mensch zum Aufstocker wird, sondern jeder Mensch, der weitere Arbeit hat, hat automatisch Netto auch mehr als jemand, der nur das bedingungslose Grundeinkommen bekommt. Dadurch gibt es diese ganzen Debatten um Lohnabstandsgebot und so weiter nicht mehr. Da das bedingungslose Grundeinkommen auch gleichzeitig eine Mindestrente und eine Einheitsrente von 1000 Euro ist, ergibt sich auch bei den Sozialversicherungen eine Veränderung. Mit dem Grundeinkommen in unserer Form hätten wir dann zwei Rentenversicherungen: das Grundeinkommen, als eine Einheitsleistung, plus eine umlagefinanzierte zusätzliche gesetzliche Rentenversicherung. Zur Absicherung von volkswirtschaftlichen Schwankungen – sinkendes Bruttoinlandsprodukt in Krisenzeiten, z.B. Finanzkrise 2008 – soll ein Rücklagefonds etabliert werden, ähnlich dem Staatsfonds in Norwegen. Für Deutschland würde die Einführung des BGE einen Finanzbedarf von ungefähr 1000 Mrd. Euro erfordern. Die Nettoumverteilung, die dann wirklich stattfinden müsste, wäre mit ungefähr 300 Mrd. Euro deutlich geringer.

Ist das BGE Sozialismus light durch die Hintertür?

Sicher nicht, im Grunde ist die Idee des BGE eine emanzipatorische Antwort auf Veränderungen in der Arbeitswelt und in sozialen Sicherungssystemen. Die Einführung des BGE würde nichts an den Produktions- und Eigentumsverhältnissen ändern. Die Idee des BGE ist kein rein linkes oder nur europäisches Phänomen. Die Idee, jedes Gesellschaftsmitglied an den Gesamteinnahmen dieser Gesellschaft ohne Bedürftigkeit zu beteiligen, wird weltweit diskutiert. Und nun auch wieder verstärkt unter Sachsens Linken. Alle wichtigen Texte und Termine findet man unter: <http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/> Und wer heute schon für das Bedingungslose Grundeinkommen arbeiten oder 1000 € für ein Jahr erhalten möchte, sollte einmal bei: www.mein-grundeinkommen.de reinschauen! Aber bitte nicht enttäuscht sein, in Wirklichkeit handelt es sich um eine Lotterie.

kreisvorstand aktuell

Am 4. April fand in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg, Lange Straße 34, die turnusmäßige Kreisvorstandssitzung der mittelsächsischen LINKEN statt. Dabei wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

- Der in der Landesgeschäftsstelle für die Unterstützung der Kreisverbände und landesweiten Zusammenschlüsse, für Material sowie die Mitgliedergewinnung und -betreuung zuständige **Robert Wünsche** gab eine umfassende und detaillierte, sehr kritische Information über die negative Mitgliederentwicklung im Landesverband. Dabei machte er die konkrete Entwicklung des Kreisverbandes Mittelsachsen sichtbar. Der Landes- und Kreisverband haben in den letzten 15 Jahren im Durchschnitt jährlich fast 6 Prozent ihrer Mitglieder verloren.
- Die Mitgliederbeauftragte des Kreisverbandes **Marika Tändler-Walenta** informierte anschließend über die insgesamt unbefriedigende Situation der Mitgliederentwicklung und der Gewinnung von neuen Mitgliedern im Kreisverband Mittelsachsen (eine Zusammenfassung ihres Berichtes ist auf Seite -4- zu finden).
- Die Jugendkoordinatorin im sächsischen Landesverband, **Marie Wendland**, informierte über die Rolle des unabhängigen, aber parteinahen Jugendverbandes [solid], der sich weder als „Kaderschmiede“, noch als „Kampfeserve“ der Partei verstehe. Alle Mitglieder der LINKEN unter 35 Jahren seine automatisch, aber damit noch keine aktiven Mitglieder von [solid], außerdem gebe es in Sachsen über 100 eingetragene SympathisantInnen. Sie berichtete detailliert über die Schwerpunkte der Arbeit des Jugendverbandes (Landesjugendplena, alljährliche Pfingstcamps, Bildungs- und Aktionswochenenden).
- Der Kreisvorsitzende **Falk Neubert** ging auf die Konsequenzen aus den dramatischen Veränderungen ein, die sich innenpolitisch aus den März-Wahlen in drei Bundesländern für alle politischen Parteien ergeben. Besonders Augenmerk müsse dabei auf das Ergebnis in Sachsen-Anhalt gelegt werden, wo die SPD und die Grünen dramatisch verloren, DIE LINKE auf „sächsisches Niveau“ zurückfiel und die AfD - wie überall - gewaltig zulegte. Mit Blick auf die Bundestagswahlen im kommenden Jahr können und dürfen wir den anstehenden Debatten nicht ausweichen.
- Es gab eine Verständigung zum Stand der Vorbereitung des 1. Mai in Döbeln, Freiberg und Mittweida.
- Zu Terminfragen informierte der Kreisvorsitzende über die nächste Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden am 3. Mai in Siebenlehn sowie über eine gemeinsame Beratung unseres Kreisvorstandes mit dem Kreisvorstand des Kreisverbandes Zwickau am 30. Mai in Freiberg.

unsere jubilare

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !

im monat mai 2016 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

| | | | |
|---------------------------|---------------------|----|----------------------|
| Ludwig Brumm | geb. am 05.05.1930, | in | Brand-Erbisdorf |
| Rolf Steinhardt | geb. am 06.05.1928, | in | Freiberg |
| Marianne Jucak | geb. am 07.05.1926 | in | Geringswalde |
| Günter Scheffler | geb. am 10.05.1946 | in | Flöha |
| Ditte Koch | geb. am 16.05.1951 | in | Bobritzsch-Hilbersd. |
| Heidmarie Mademann | geb. am 16.05.1951 | in | Mittweida |
| Marianne Winkler | geb. am 19.05.1927 | in | Rochlitz |
| Helmut Hantschmann | geb. am 21.05.1932 | in | Brand-Erbisdorf |
| Christl Weiske | geb. am 26.05.1951 | in | Flöha |
| Herta Muster | geb. am 27.05.1925 | in | Freiberg |
| Irmgard Ulbricht | geb. am 27.05.1929 | in | Flöha |
| Rolf Pietzsch | geb. am 27.05.1935 | in | Mochau |
| Reinfried Schubert | geb. am 27.05.1951 | in | Geringswalde |
| Irene Wolf | geb. am 28.05.1928 | in | Roßwein |



jahrestage im mai 2016

20.05.1866: Gründung des Verbandes Deutscher Buchdrucker in Leipzig.

01.05.1886: Beginn eines mehrtägigen Generalstreiks in den USA zur Einführung des Achtstundentages. Am 3. und 4. Mai kommt es zu blutigen Zwischenfällen. Die Ereignisse sind der Anlass, fortan den 1. Mai als Kampftag für den Achtstundentag zu begehen.

22.05.1891: Johannes R. Becher (Schriftsteller, DDR-Kulturminister) geboren.

01.05.1916: Antikriegsdemonstration auf dem Potsdamer Platz in Berlin.

12.-14.05.1926: Staatsstreich Pilsudskis in Polen.

28.05.1926: Militärputsch und Errichtung einer Militärdiktatur in Portugal.

03.05.1936: Wahlsieg der Volksfront in Frankreich.

09.-11.05.1946: Erster Nachkriegsparteitag der SPD in den Westzonen tagt in Hannover. Kurt Schumacher wird Parteivorsitzender.

05.05.1996: Die beabsichtigte Länderfusion Berlin - Brandenburg scheitert in einer Volks-

abstimmung.

31.05.1996: In Heimbach (NRW) konstituiert sich die erste PDS-Fraktion in einer westdeutschen Stadt.

11.05.2001: Der Bundestag beschließt eine Reform des Rentensystems. Die Renten sollen künftig durch staatlich geförderte Vorsorge (Riester-Rente) ergänzt werden.

nachdenken(s) - wert(es)

Das höchste Zeichen von Intelligenz ist der Zweifel.

François Mauriac

Man darf nie aufhören, sich die Welt vorzustellen, wie sie am vernünftigsten wäre.

Friedrich Dürrenmatt

Die Zeit vergeht nicht schneller als früher, aber wir laufen eiliger an ihr vorbei.

George Orwell

Vertrauen wird dadurch erschöpft, dass es in Anspruch genommen wird.

Bertolt Brecht

terminübersicht

april 2016

15. und 16.04. Aktionskonferenz der LINKEN „Das muss drin sein“
GLS Campus Berlin
20. bis 24.04. Frühlingsakademie der LINKEN am Werbellinsee
- 23.04. Großdemo in Hannover gegen TTIP und CETA anlässlich
des Besuchs von USA-Präsident Obama

mai 2016

- 01.05. Maiveranstaltungen in **Döbeln** (an der Geschäftsstelle
Bahnhofstraße 1), in **Freiberg** (gemeinsam mit dem
DGB auf dem Schlossplatz) und in **Mittweida** (am
„Schwanenteich“)
- 02.05. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34
- 03.05. 18 Uhr Beratung mit den Vorsitzenden der Ortsverbände und
Basisorganisationen
Gast: **Ralf Hron**, DGB-Regionsgeschäftsführer in Süd-
westsachsen
Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“
- 08.05. Ehrungen der Soldaten der Roten Armee anlässlich des
„Tages der Befreiung“
13. bis 16.05. „Pfingsten mit der LINKEN“ am Werbellinsee
28. und 29.05. 1. Tagung des 5. Parteitages der LINKEN in Magdeburg
- 30.05. 18 Uhr Gemeinsame Beratung der Kreisvorstände Mittelsach-
sen und Zwickau
Freiberg, Hotel „Brauhaus“

Ehrung für Ernst Thälmann

Wie in jedem Jahr findet auch in diesem Jahr am 16. April 10.00 Uhr eine Ehrung für Ernst Thälmann auf dem Meißner Ring an der Thälmann-Gedenkstätte statt. Anlässlich seines dies-jährigen 130. Geburtstages ehren die Genossinnen und des Vereins Genossen und der Par- LINKE Orts- Freiberg den Faschisten deten ehe- Vorsitzenden Kommunisti- tei Deutsch- Faschisten nicht, ihn zu



Das Herzstück der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte am Meißner Ring in der Kreisstadt Freiberg - die Stele.

400 Milliarden Euro
deutsches Schwarzgeld
liegen in Steueroasen.
Wir sagen: Steuerflucht
muss konsequent bekämpft
werden. Einer Bank, die Hilfe
zur Steuerhinterziehung leistet,
muss die Lizenz entzogen werden.
Unterschreiben Sie
jetzt gegen Steuerflucht!

DIE LINKE.

www.die-linke.de/panama-enthuellungen

Die „Panama-Enthüllungen“ belegen, wie Reiche und Mächtige aus allen Teilen der Welt über sogenannte Briefkastenfirmen Milliarden-Vermögen vor der Steuer verstecken und Steuerhinterziehung in ganz großem Stil betreiben. Mit dabei auch mehrere Tausend Deutsche und fast 30 deutsche Banken. Experten schätzen, dass mindestens 400 Milliarden Euro deutsches Schwarzgeld weltweit in Steueroasen liegt. Die Bundesregierung muss endlich han-

deln. Jahrelang hat sie nichts gegen die auch von deutschen Banken geförderte Steuerflucht und Steuerhinterziehung unternommen. Nach den Enthüllungen der „Panama Papers“ müssen wir sie jetzt zum Handeln bringen.

DIE LINKE ruft deshalb dazu auf, unter dem oben gekennzeichneten Link online gegen die Steuerflucht zu protestieren und entsprechende Maßnahmen der Bundesregierung einzufordern.

DER DIREKTE DRAHT Öffentliche Telefonsprechzeiten der Parteivorsitzenden

Vorher unter der Nummer 030-24009530 anmelden und zu den folgenden Terminen mit den Parteivorsitzenden der LINKEN telefonieren!

- Katja Kipping: 18. April 2016, 14.00 bis 15.00 Uhr
- Bernd Rixinger: 10. Mai 2016, 11.00 bis 12.00 Uhr

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teure Verstorbene:

Thea Meinekat aus Penig

Wir werden ihr stets unser ehrendes Andenken bewahren.